

Amer Tageblatt

Abstellungen nehmen die Anzeiger
und für Anzeigen die Postenstellen
angehen. — Erscheint wochentlich.
Gesamtpreis — Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Abstellungen für die Anzeigen aus den
Anzeiger für das Erzgebirge, aus-
wärtige Anzeigen 20 Goldpfennige,
Reklama-Beilagen 30 Goldpfennige,
sonstige 10 Goldpfennige.

Telegramme: Kageblatt Amergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 253

Donnerstag, den 29. Oktober 1925

20. Jahrgang

Rabinett Painlevé zurückgetreten.

Paris, 27. Okt. Ministerpräsident Painlevé hat heute nachmittag dem Präsidenten Doumergue die Demission des Gesamtkabinetts überreicht.

Painlevé traf um 2 Uhr im Elysee ein. In diesem Augenblick war kein einziger Pressevertreter im Elysee anwesend. Die heute ausgegebene irreführende Information, daß die Entschiedenheit erst im Ministerrat von heute nachmittag fallen werde, hatte allgemein Glauben gefunden. Die Nachricht von der Fahrt Painlevés zum Elysee verbreitete sich schnell in Pressekreisen. Als Painlevé gegen 1/4 4 Uhr das Elysee verließ, wurde er von etwa 60 Journalisten mit Fragen bestürmt. Painlevé erklärte, er habe „nichts“ mitzuteilen, als daß er Doumergue von der Demission des Gesamtkabinetts überreicht habe. Diese Demission sei seit Freitag in Aussicht genommen. Die Nachricht sei bis heute nachmittag geheimgehalten worden mit Rücksicht auf die Pariser Tagung des Völkerbundesrates.

Painlevé fügte hinzu, er wisse noch nicht, wer sein Nachfolger sein werde. Über wer dieser Nachfolger auch sein möge, er werde ihn treu und loyal unterstützen. Nach dem Schritt Painlevés wurde folgendes Communiqué veröffentlicht:

„Der Kabinettsrat, der in seiner letzten Sitzung mit der Prüfung des vom Finanzminister Caillaux ausgearbeiteten Sanierungsplanes begonnen hatte, hat diese Diskussion, die keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern des Kabinetts zutage treten ließ, unterbrochen, um sich der politischen und der parlamentarischen Lage, so wie in den verschiedenen

Rundgebungen der Parteien zutage getreten ist, anzupassen und davon überzeugt, daß die dringenden Anstrengungen zum nationalen Ausgleich nicht unternommen werden können, ohne daß man im voraus die Gewißheit einer stabilen Mehrheit hat, hat die Regierung einstimmig beschlossen, dem Präsidenten der Republik ihre Demission zu übermitteln.“

Aus diesem amtlichen Communiqué geht klar hervor, daß das Rabinett Painlevé zurückgetreten ist, weil es in seiner bisherigen Zusammensetzung nicht mehr auf die Unterstützung des Kartellblocks in der Kammer rechnen konnte. Die Frage, ob Painlevé wirklich, wie behauptet wird, versucht hat, eine politische Ministerkrise durch einfache Ausschiffung Caillaux zu verhängen, und ob Caillaux wirklich diesem Versuch durch seine Weiterführung durchkreuzte, tritt angesichts der nunmehr vollzogenen Tatsache der Gesamtdemission des Kabinetts in den Hintergrund.

Präsident Doumergue hat den Kammerpräsidenten Herriot, den Senatspräsidenten und die Führer der republikanischen Fraktionen von Kammer und Senat ins Elysee, um sie nach altem Brauch vor der Betragung eines Politikers mit der Kabinettsbildung zu befragen.

Es ist zur Stunde noch unmöglich, eine sichere Voraussage über die Nachfolgefrage zu machen. Vielfach wird angenommen, daß Painlevé mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt wird. Auf jeden Fall gilt es allgemein für sicher, daß Briand Minister des Aeußeren bleibt.

Die Beschließung von Damaskus vom 18. bis 20. Oktober.

London, 27. Okt. Reuter meldet aus Kairo: Obwohl die Nachrichten über die letzten Ereignisse in Damaskus auseinandergehen, ist es doch ersichtlich, daß die Stadt zwischen dem 18. und 20. d. M. eine furchtbare Heimsuchung erlitten habe. Am Tage vorher war ein Bandenführer in eines der Stadtviertel eingebrungen mit dem Rufe, daß die Drusen da wären. Er forderte die Einwohner zum Aufruf auf. Daraufhin wurden die Polizeiposten angegriffen und ein französischer Offizier erschossen. Die Einwohner schlossen sich daraufhin den Eindringenden an. In dem Feuergefecht, das sich dann entspann, fielen 100 Franzosen im Kampf. Die französischen Behörden warfen Tanks und Panzerautos in das Gefecht, von denen den Aufständischen schwere Verluste zugefügt wurden. Diese setzten trotzdem hinter Barrikaden das Feuergefecht fort und stellten verschiedene Stadtviertel in Brand. Die französische Beschließung der Stadt dauerte von Sonntag nacht bis zum Dienstag. Viele öffentliche Gebäude wurden zerstört. Die Zahl der auf den Straßen liegenden Leichen wird auf mehrere hundert geschätzt, während ungefähr 3000 unter den Trümmern verachtet liegen müssen. Es wird behauptet, daß die Aufständischen in die Umgebung von Damaskus geflüchtet seien und daß mit weiteren Kämpfen zu rechnen sei.

Ueber die Reutermeldung aus Kairo über die letzten Ereignisse in Damaskus heißt es weiter: Nach einer anderen Darstellung sind sechs organisierte Banden in der Umgebung von Damaskus in Tätigkeit. Die Bande, welche am 18. d. M. in Damaskus eindrang, bestand nur aus 40 Mann und ihre Absicht war, den General Sarrail zu entführen. Die Franzosen beschossen die Stadt, um die Bevölkerung einzuschüchtern, die sie beschuldigten, mit den Banden im Einverständnis zu stehen und diese von dem Tage der Ankunft Sarrails unterrichtet zu haben. Verschiedene gutunterrichtete Persönlichkeiten sind der Ansicht, daß der Schachplan der Operationen von Dschebel-Drus nach der Gegend von Dschäfus verlegt ist.

Der griechisch-bulgarische Zwischenfall.

Sofia, 27. Okt. (Meldung der Bulgarischen Telegraphenagentur.) 9 Uhr abends. In Richtung Serbien unterhielten heute die Griechen zwischen 12 und 1 Uhr mittags Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Zu gleicher Zeit beschloß griechische Artillerie das Dorf Petrovo — Zu der Ujhener Meldung über einen Schritt des rumänischen Gesandten in Athen Bangha Rascano erzählt die bulgarische Telegraphenagentur, daß sich die bulgarische Regierung tatsächlich um die freundschaftliche Vermittlung sowohl Rumäniens, wie der anderen Mächte zur Beilegung des griechisch-bulgarischen Streites bemühte. Daß dies aber geschah, bevor der Völkerbundsrat mit der Angelegenheit befaßt wurde. Gestern sprach die bulgarische Regierung durch Vermittlung des rumänischen Gesandten in Sofia und des Geschäftsträgers in Athen dem rumänischen Gesandten Bangha Rascano für seine freundschaftliche Vermittlung ihren Dank aus, betonte jedoch dabei, daß Bulgarien, nachdem die Frage in die Hände des Völkerbundesrats gelegt sei, nicht unmittelbar mit Griechenland verhandeln könne. Heute wird ein bulgarischer Offizier mit einem griechischen Offizier beim Posten Demit Kapu zusammenzutreffen, um ihm den bulgarischen Standpunkt mitzuteilen.

Paris, 27. Okt. Heute vormittag setzte unter dem Vorsitz Briands der Völkerbundsrat die Prüfung des griechisch-bulgarischen Grenzstreitfalls fort. Der griechische Vertreter verlas eine Mitteilung seiner Regierung, daß zwischen dem rumänischen Gesandten in Athen ein Abkommen getroffen worden sei. Briand wies darauf hin, daß die Mitteilung von diesem Abkommen in gar keiner Weise den Beschluß des Völkerbundesrates ändere. Wobann legten die Vertreter der beiden interessierten Mächte den Standpunkt ihrer Regierungen dar. Der Vertreter Bulgariens erklärte, daß in seinem Augenblick bulgarische Truppen griechisches Gebiet besetzt hätten oder dorthin vorgezogen seien. Der Vertreter Griechenlands betonte, daß der griechische Kommandant nach der Gebietsverlegung durch bulgarische Truppen stattgefunden und einen vom technischen und politischen Gesichtspunkte aus defensiven Charakter gehabt habe. Morgen mittag um 12 Uhr tritt eine neue Sitzung zusammen.

Albanisch-slawischer Grenzstreitfall. Der Richter Kreisvorsitzer und der Vorsitzende des geistlichen Gerichts in Ochrid werden seit einer Autofahrt von Debar nach Ochrid, wenige Kilometer von der albanischen Grenze, vermisst, während der Gendarm, der sie begleitete, erschlagen aufgefunden wurde. Als Täter werden albanische Räuber vermutet. Infolgedessen hat die slawische Regierung das Einschreiten Albanens gegen diese Raubüberfälle gefordert.

Deutsche Volkspartei gegen Deutschnationale Volkspartei.

Berlin, 28. Okt. Die „Deutsche Tageszeitung“ weist in einem Kommentar zu der Entschließung der volksparteilichen Reichstagsfraktion den darin zum Ausdruck gebrachten Vorschlag zurück, die Deutschnationalen trafe die außen- und innenpolitische Verantwortung und sagt: Will man von einer Verantwortung überhaupt sprechen, so kann es höchstens sein, ob wir zum zweiten Male etwas Ähnliches wie in Versailles tun. Diese Verantwortung tragen aber höchstens diejenigen, die sich und dem Volk einen Friedensgeist vorkauften, der tatsächlich auf der Gegenseite nicht vorhanden ist. Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt, daß bei den gestrigen Fraktionsberatungen der Deutschen Volkspartei die Frage einer Neukonstruktion der Regierungsbasis zurückgestellt sei, bis zu einem Zeitpunkt, an dem man auf Grund der außenpolitischen Resultate zu einer endgültigen Entscheidung über das Werk von Locarno gelangen könne. Bis auf weiteres sehe man sich schwerlich eine andere Möglichkeit als die einer Minderheitsregierung, denn die Anregungen der demokratischen Presse zur Wiederherstellung der großen Koalition fielen in der Deutschen Volkspartei keineswegs auf günstigen Boden. Das „Berliner Tageblatt“ sagt unter der Ueberschrift: „Schafft Klarheit!“, die Oppositionsparteien, Demokraten und Sozialdemokraten, müssen volle Klarheit verlangen, bevor der Reichstag zusammentritt und bevor die Frage des Pactvertrages zur Abstimmung gestellt wird. Gewiß sind auch diese beiden Parteien für die Annahme des Vertrages, aber es handelt sich nicht nur um die Annahme eines Vertrages, sondern auch um die Bildung einer festen Regierungskoalition, welche die in Locarno eingeleitete Verständigungspolitik durchführen und fortsetzen kann. Die „Vossische Zeitung“ erklärt, das volksparteiliche Communiqué endet mit einem großen Fragezeichen und läßt alle Möglichkeiten offen. Diese gewollte Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei ist nur geeignet, das bei den Linksparteien bestehende Mißtrauen zu steigern. Daß der Vinken lediglich die Rolle des Nebenbühlers zugebach sei, daß sie mit ihren Stimmen die ausfallenden deutschnationalen Stimmen ersetzen sollen, daß aber, wenn der Vinken seine Schuldbiligkeit getan, die alte Saison mit den Deutschnationalen wieder aufgenommen werden soll. Auch die „Germania“ überschreibt einen Artikel mit „Unklarheit“ und apostrophiert den Reichskanzler, indem sie erklärt, daß die herrschende Unklarheit weder innen- noch außenpolitisch zu ertragen sei. Deutschland brauche eine stabile Regierung mit starkem Rückhalt, wie Dr. Luther sie selbst bei der Bildung seines Kabinetts für nötig gehalten hat.

Abbruch der polnisch-litauischen Verhandlungen über die Demerschiffahrt. Die polnisch-litauischen Verhandlungen in Pugano über die Demerschiffahrt sind resultatlos abgebrochen worden. Die polnische Delegation wird am 27. Oktober in Warschau zurück erwartet.

Der Reichsschulgesehtwurf zurückgezogen?

Berlin, 28. Okt. Einer Korrespondenz zufolge soll jetzt, nach dem Rücktritt des Reichsinnenministers Schiele, der Reichsschulgesehtwurf vom Reichsinnenministerium zurückgezogen werden, sobald seine Beratung im Reichskabinettsrat hinfällig wird. Ferner soll der sozialdemokratische Staatssekretär Schulz, der von Schiele beurlaubt wurde, demnächst wieder seinen Dienst im Reichsministerium des Innern aufnehmen.

Verhandlungen über Saarfragen.

Baden-Baden, 27. Okt. Die Verhandlungen, die vom 13.—27. Oktober zwischen deutschen Delegierten und einer Delegation der Regierungskommission des Saargebietes in Baden-Baden über eine Anzahl von Verwaltungsangelegenheiten stattgefunden haben, sind zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Eine Sitzung ist u. a. erzielt worden über die Verminderung von Doppelbesteuerung und über die Rechtshilfe in Steuersachen, sowie über die Durchführung des Reichsgesetzes über die Abhebung der öffentlichen Anleihen im Saargebiet. Besonders langwierige Erörterungen ergaben sich bei der Frage der Beamtenpensionen. Es wurde in Aussicht genommen, Anfang Dezember wieder zusammenzutreten, um alsdann die Pensionsfrage zugleich mit dem gesamten Komplex der Beamtenfragen zu behandeln.

Eine Friedenskonferenz in Peking.

Peking, 27. Oktober. Die Peking Regierung richtete an Tschangschin, an General Feng, und an dessen Verbündeten, den Lupan von Honan ein Telegramm mit der Aufforderung, je zwei Delegierte zu einer Aussprache über die Lage nach Peking zu entsenden.

Eine deutsche Studienkommission zur Erforschung der Arbeitslosenversicherung in England.

Gegenwärtig hält sich in London eine deutsche Studienkommission auf, um sich über die Arbeitslosenversicherung in England zu informieren. Sie besteht aus Vertretern des Reichsarbeitsministeriums, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aller Richtungen. Zur Begrüßung der Kommission veranstaltete die englische Regierung ein Frühstück, dessen Vorsitz der Arbeitsminister Sir Arthur Steel-Bolton führte und an dem außer den Mitgliedern der Kommission Vertreter des englischen Arbeitsministeriums sowie der englischen Arbeitgeber teilnahmen. Der Arbeitsminister bewillkommnete die Kommission mit warmen Worten, versprach seine volle Unterstützung für die beabsichtigten Studien und drückte die Hoffnung aus, daß die in den Ereignissen der letzten vierzehn Tage befestigte Freundschaft zwischen den beiden Völkern sich immer enger gestalten möge. Der Führer der Kommission, Ministerialrat Dr. Weigert, sprach seinen herzlichen Dank für den lebenswichtigen Empfang und die wertvolle Unterstützung aus, die die Kommission beim britischen Arbeitsministerium gefunden habe. Die Kommission wird im Laufe der nächsten Tage eine Reihe von Arbeitsnachweisen in der englischen Provinz beschaffen, wobei sie von einem Beamten des englischen Arbeitsministeriums begleitet sein wird.